

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Otto Dunder)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 92.

Berlin, Mittwoch, 25. November 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Grubenunglück auf der Zeche Raddob vor dem preussischen Abgeordnetenhaus. — Arm im Geiste! — Gegen eine Zigarrenbanderollesteuer oder eine Erhöhung der Zigarettensteuer. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Das Grubenunglück auf Zeche Raddob vor dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Die fürchterliche Tragödie, die sich vor etwa 14 Tagen bei Hamm zugetragen hat, bildete Ende vergangener Woche den Gegenstand der Erörterungen im preussischen Abgeordnetenhaus. Anlaß dazu gab eine Interpellation über die Ursachen des Grubenunglücks und welche Vorschriften und Einrichtungen die Regierung zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle zu treffen gedenke. Die Antwort auf die Anfrage gab der preussische Handelsminister Dr. Delbrück, der selbst an Ort und Stelle sich nach dem Gang der Untersuchung erkundigt hatte. Der Minister erklärte, daß die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien; wenn Schuldige in seinem Nachbereich vorhanden seien, würden sie mit fester Faust angepaßt werden. Die Ursache der Explosion sei noch nicht festgestellt. Verhöre gegen die Bestimmungen des Berggesetzes seien nach den Aussagen der Rieselmeister und Mitglieder des Arbeiterausschusses nicht nachgewiesen. Was die Schließung des Schachtes anbetreffe, so sprach er sein Bedauern darüber aus, daß man damit nicht gewartet hat, bis sein angemeldeter Kommissar an Ort und Stelle war. Ebenso wurde es von dem Handelsminister gerügt, daß auf einem so verhältnismäßig kleinen Raume eine so große Anzahl von Bergleuten sich befand, wie es in Raddob der Fall war. Er schloß diesen Teil seiner Ausführungen mit der Erklärung, daß die Bergverwaltung und der private Bergbau bis zum äußersten bestrebt sein werden, die Ursachen des Unglücks festzustellen und alle zweckmäßigen Vorschriften und Einrichtungen zu schaffen.

Zu zweiten Teil seiner Rede behandelte der Minister die Maßnahmen, welche die Regierung zu treffen gedenkt. Einleitend bemerkte er, daß er unablässig auf eine stramme Handhabung der Bergpolizei drücke und vor allen Dingen bestrebt sei, die Verantwortlichkeit in den Kreisen der unmittelbar beteiligten Beamten, Vorgesetzten und Arbeiter zu vermehren. Das war alles! Von einem Reichsberggesetz will der Herr Minister nichts wissen, noch weniger von der Einführung von Grubenkontrollleuren aus den Kreisen der Arbeiter. Erstens könnten diese die Gruben auch nicht anders kontrollieren als dies bisher geschehen; dann aber würde eine solche Einrichtung nicht zur Förderung des sozialen Friedens dienen, sondern von den Sozialdemokraten zu politischen Zwecken ausgenutzt werden. Das einzige Zugeständnis, das der Minister machte, besteht darin, daß er die Arbeiterausschüsse so auszubauen gedenkt, wie an der Saar, jede Steigerabteilung einen Vertrauensmann in direkter Wahl wählt und daß diese Vertrauensmänner zu bestimmten Zeiten an einem von ihnen zu bestimmenden Tage eines jeden Monats ihre Abteilungen in Gegenwart eines Beamten besahen und die Ergebnisse ihrer Befragung der Bergleute in ein Fahrbuch eintragen, das der Bergpolizei zugänglich zu machen ist.

Die Debatte, die sich an die Ausführungen des Handelsministers knüpfte, ließ erkennen, wie groß die Teilnahme des preussischen Volkes an dem Unglück ist, und wie stark noch immer die Erregung über die Katastrophe nachwirkt. Das kam in den Ausführungen sämtlicher Fraktionsredner zum Ausdruck. Leider herrschte eine solche Ueber-einstimmung aber nicht in der Beurteilung der Maßnahmen, die zur Verhütung ähnlicher Vorkommnisse getroffen werden müssen. Weder von einem Reichsberggesetz, noch von der Einführung von Arbeiterkontrollleuren will die konservativ-nationalliberale Mehrheit etwas wissen, während die Vertreter des Zentrums, der Freisinnigen und der Sozialdemokratie energisch für diese Forderungen eintraten.

Schwere Vorwürfe erhob in seiner Rede der sozialdemokratische Abg. Reinert, der auf Grund persönlicher an Ort und Stelle eingezogener Erkundigungen erklärte, daß die Sicherheitsvorrichtungen in der Grube Raddob überaus mangelhaft waren und eine solche Katastrophe herbeiführen mußten. Auch die Einmauerung der brennenden Schächte sei zu früh erfolgt; denn es hätten sich zwei Bergleute noch retten können, ein Beweis, daß zur Zeit der Einmauerung noch Lebende sich in der Grube befunden hätten. Das sind so ungeheuerliche Vorwürfe, daß eine gründliche Nachprüfung unbedingt erfolgen muß. Der Handelsminister erklärte denn auch, diejenigen Arbeiter, von denen Reinert seine Mitteilungen hat, vernehmen lassen zu wollen, und gab dabei das Versprechen ab, daß, wenn sie wegen ihrer Bekundungen gemahngregelt werden, er diese Arbeiter auf den festgestellten Gruben zu denselben Löhnen wie die anderen Arbeiter anbringen werde. Jedenfalls ist damit eine gründlichere Untersuchung, als dies bisher geschehen ist, gewährleistet. Das wäre immerhin etwas.

Durch einen Schlußantrag wurde der Debatte ein Ende gemacht. Ihr Verlauf aber zwingt uns doch, noch einige Bemerkungen daran zu knüpfen. Daß man im preussischen Abgeordnetenhaus keine Mehrheit für ein Reichsberggesetz und die Einführung von Arbeiterkontrollleuren findet, ist zwar bedauerlich, aber bei der Zusammensetzung dieses Parlaments nicht verwunderlich. Bezeichnend aber ist es, daß auch ein preussischer Handelsminister davon nichts wissen will.

Daraus spricht eine große Engherzigkeit und jener Bürokratismus, der dem preussischen Beamtentum eigen ist und vom Geiste einer wirklichen Sozialpolitik keine Ahnung hat. Gerade diese Erscheinungen sprechen am deutlichsten für die reichsgesetzliche Regelung der bergbaulichen Verhältnisse. Es gibt keine Körperlichkeit, die ungeeigneter für die Schaffung vernünftiger Reformen auf dem Gebiete des Bergwesens ist als das preussische Abgeordnetenhaus. Das hat mit aller Deutlichkeit die letzte Novelle zum Berggesetz gezeigt, die unter dem Einfluß des Abgeordnetenhauses noch schlechter geworden ist, als sie die Regierung vorgeschlagen hat. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß der Reichstag in dieser Frage ein energisches Wort spricht und mit aller Entschiedenheit darauf drängt, daß ein Reichsberggesetz geschaffen wird, wodurch dann von selbst die Gesetzgebung des Landes ausgeschaltet wird. Am Dienstag kommt das Unglück bei Hamm auch im Reichsparlament zur Sprache. Hoffentlich wird hier ein ener-

gischer Vorstoß in der bezeichneten Richtung unternommen.

Und dann noch wenige Worte zur Frage der Arbeiterkontrollleure! Was ist darüber nicht schon geschrieben und gesprochen worden! In Frankreich, in Belgien und in England hat man längst einen Versuch damit gemacht, ohne daß dadurch die Autorität des Staates oder der Bergverwaltung irgendwelche Einbuße erlitten hätte. Die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind die denkbar besten, und in England jedenfalls ist eine deutliche Abnahme der Unglücksfälle im Bergbau zu verzeichnen. An dieser Tatsache läßt sich nicht rütteln. Auch in Bayern sind Grubenkontrollleure aus den Kreisen der Arbeiter angestellt, und auch dort hat man gute Erfahrungen damit gemacht. Warum soll denn in Preußen und in den anderen Bundesstaaten das nicht auch möglich sein? Wenn man sich in Regierungskreisen davon wirklich keinen Erfolg verspricht, so kann man doch jedenfalls auch nicht sagen, daß durch eine solche Einrichtung irgend welcher Schaden gestiftet würde. Das eine steht doch sicher fest, daß die Arbeiter dann wenigstens Vertrauen hätten, daß alles geschehen ist, was geschehen konnte, um derartige Unglücksfälle zu verhüten. Steht man der Einführung von Arbeiterkontrollleuren nach wie vor ablehnend gegenüber, so werden die Klagen der Bergleute nie und nimmer verstummen, daß ihr Leben nicht genügend gesichert ist. Deshalb lasse man endlich einmal ab von dem kleinlichen Bürokratismus, der allein die Ursache der ablehnenden Haltung dieser berechtigten Arbeiterforderung gegenüber ist. Wenn man schon so weit gehen will, daß man einem Arbeiterausschussmitglied erlaubt, in Begleitung eines Beamten zu gewissen Zeiten die Grube zu kontrollieren, so sollte man auch noch den Schritt weiter tun und die Anstellung von Arbeitern als Grubenkontrollleure zugestehen.

Fast könnte es erscheinen, als wollte man aus reinem Eigensinn diese Forderung der Arbeiter nicht bewilligen. Nun, die Katastrophe bei Hamm ist doch wahrlich ernst genug. Ihre Opfer sind so entsetzlich hoch, daß selbst die größte Wohlthätigkeit sie nicht wett machen kann. Da sollte wenigstens die preussische Regierung endlich von ihrem engherzigen Standpunkt heruntersteigen und den Wunsch der gesamten deutschen Arbeiterschaft auf Einführung von Arbeiterkontrollleuren erfüllen. Dazu gehört wahrlich kein heroischer Entschluß, sondern nur ein wenig guter Wille.

Arm im Geiste!

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Deutsche Metallarbeiter“, das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes, eine „Entgegnung“ auf den Artikel: „Es hat nicht viel genützt“ in unserer Nr. 85. Trotz der langen Zeitdauer von 3 Wochen, die der Redakteur vom „Deutschen Metallarbeiter“ notwendig hatte, um Worte der Erwidierung zu finden, hat der freisinnige Berg doch nur ein Mäuselchen geboren. Die von uns gemachten Feststellungen müssen denn doch den Herren gewaltig in die Knochen gefahren sein. Die Verwirrung ist so groß, daß man gar nicht begreifen kann oder will, was mit dem Ausdruck gemeint ist: „Spiegelberg, du bist erfanni“. Wir wollen dem Gedächtnis auf jener Seite etwas nachhelfen und den Interessenten verraten, daß die „christlichen“ Gewerkschaften bei den konfessionellen Vereinen, im besonderen bei den evangelischen, in ihrer wahren

Gestalt erkannt sind. Diese Tatsache bestatigt am besten der Stoffeuzer auf Seite 25 des Geschichtsberichts des christlichen Metallarbeiterverbandes. Es heist dort nach dieser Richtung wortlich:

„Die Gege, welche unter den ewangelischen Arbeitern gegenuer unsemr Verbande betriebne wurde, war insofern nicht ganz ohne Erfolge, als einige sich derleiten liehen, aus dem Verbande auszutreten und eine Spannung zwischen den christlichen Gewerkschaften und mehreren ewangelischen Arbeitervereinen eintrat, die besonders im Duisburger Bezirk stark zur Geltung kam. Dieses aupert sich auch darin, das di genannten Vereine bei Gewerbegechtswahlen usw. nicht mehr wie bisher mit den christlichen Gewerkschaften, sondern mit den hirsch-Dunderschen Gewerkschaften gemeinsame Sache machten.“

Also, Spiegelberg, du bist erkannt! Unsere Feststellungen bezeichnen der „Deutsche Metallarbeiter“ einfach als „christenfeindliches Material“. Eine sehr bequeme Weise, unbequemen Erorterungen moeglichst aus dem Wege zu gehen. „Schadenfreude“ nennt man weiter unsemr Empfinden. Dabei ist es dieselbe Redaktion des „Deutschen Metallarbeiter“, die das geringste Vorkommnis aus den Gewerkschaften zur Haupt- und Staatsaktion aufbauscht. Sie spotten also ihrer selbst und merken es nicht. Man fuhre sich nur einmal vor Augen, wie gerade von dieser Seite in das Horn getutet wurde, um die angebliche Religionsgefahrllichkeit der hirsch-Dunderschen Gewerkschaften nachzuweisen. Unter dieser Devise wurde die Aktion mit den konfessionellen Vereinen eingeleitet und jetzt — die eigene Konfaterierung, das es nichts genutzt hat. Wir konnen es den Herren nachempfanden, wie unbequem ihnen unsere Erorterungen sind, aber wir konnen sie ihnen nicht eriparen.

A. C.

Gegen eine Zigarrenbanderolesteuer oder eine Erhoehung der Tabaksteuer

hat sich der Generalrat des Gewerksvereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (S.-D.) mit folgender Eingabe an den Reichstag gewandt:

Seit etwa 36 Jahren erfahrt die Tabakindustrie eine fortgesetzte Deunruhigung, so das ihr die zu einer gedeihlichen Entwicklung notwendige Ruhe fehlt. Auch jetzt sind die Tabakinteressenten in neue Aufregung versetzt worden, denn von neuem beschaffigen die Verbundeten Regierungen den Tabak resp. die Zigarrenfabrikate starker zu belasten,

hundert Millionen Mark mehr aus denselben zu ziehen.

Die Regierung hat zwar durch den Mund des Herrn Reichsanwalters am 19. November 1892 die Erklarung abgegeben lassen, das keine weitere Belastung des Tabaks in Aussicht stehe; dennoch soll jetzt trotz der Gutachten der Sachverstandigen, die sie zugezogen hatte, zu einer starkeren Besteuerung des Tabaks oder der Fabrikate geschritten werden. Wir konnen der Regierung auf diesem Wege nicht folgen und legen aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Bedenken dagegen entschieden Protest ein.

Zahlreiche Vereins- und Volksversammlungen geben eine Vorstellung von dem Unmut, der weite Kreise, wir konnen wohl sagen, das ganze Volk angesichts dieser drohenden Belastung erfahrt hat.

Es ist festgestelt, das seit 36 Jahren der Konsum an Tabak trotz des bedeutenden Bevoklerungszuwachses nicht nur keine Zunahme, sondern eine erhebliche Abnahme aufweist. Ein sicherer Beweis dasfur, das die Kaufkraft des Volkes zu gering ist, um in ausgedehnterem Masse diese harmlose „Volksdelikatess“, die fur viele moderne Menschen geradezu ein unentbehrliches Bedurfnis geworden ist, sich zu beschaffen.

Eine weitere Verminderung des Konsums wurde auch jetzt wieder eintreten und dahin fuhren, das eine groe Zahl der in der Tabakindustrie beschaffigen Arbeiter brotlos wurde. In Form von Lohnabzugen wurde ferner ein groer Teil der Mehrbelastung auf die Schultern der nach und nach immer schlechter bezahlten Zigarrenarbeiter abgewalzt werden, die nach der Berufsgenossenschafts-Statistik 12,06 Mk. Durchschnittswochenlohn erhalten. Trotz ihrer Arbeit wurden sie nicht instande sein, das Notwendigste fur die Erhaltung der Familie zu ertinnen.

Wir legen auf diesen Punkt einen ganz besonderen Wert und empfehlen ihn einer recht dringlichen Berucksichtigung.

Wir muessen aber auch energisch gegen eine sozialpolitische Einspruch erheben, die so wenig die Armen und Armersten beruecksichtigt, ihnen den Kampf ums Dasein in so

harter Weise erschwert, ihnen die Bedingungen zum Leben und so moeglich macht, sie geradezu ins Elend stoet und in das Vertrauen der Regierung, die doch fur alle Kreise des Volkes gleichmassig zu sorgen hat, untergraebt.

In der kritischen Zeit, in der wir leben, halten wir es auch fur einen Mangel politischer Moral, alle Lasten auf die wirtschaftlich schwachen Schultern abzuwalzen.

Wir lenken die Aufmerksamkeit ferner auf die kleineren und mittleren Betriebe, die in der Zahl vorherrschend sind. In kapitalischwachen, um die Schwierigkeiten der infolge des Gelebes zu erwartenden Krisis des ganzen Tabakgeschafes ubervinden zu konnen, koennten sie ihre Geschafte nicht in der bisherigen Weise weiterfuhren, sondern wurden bei dem geringen Verdienst dem sicheren Ruin entgegengehen. Die Herrschaft in der Industrie wurde den Groekapitalisten ubertrogen, welche nachher nach Willkur mit ihren Arbeitern verfahren koennen. So wurde die wirtschaftliche Selbstandigkeit einer groen Zahl von Geschafteleuten untergraben werden; Luden und Fabriken wurden verodet stehen.

Einen solchen rauen Eingriff des Staates in das bescheidene Lebensalltag Tausender fleissiger Arbeiter unmoeglich zu machen, halten wir fur eine schon e Aufgabe des hohen Reichstages.

Wir heben auch noch die Gesichtspunkte hervor, das infolge des Konsumrueckganges die Einnahme aus der geplanten Banderolesteuer, wie auch einer erhoehten Tabaksteuer nicht die erhofften finanziellen Ertraege bringen, andererseits aber eine Quelle unertraeglicher Belastung aller Art fur die Fabrikanten sein wurde.

Wir lassen unsere Bedenken noch einmal kurz zusammen und erklaren, das die beabsichtigte Tabakbelastung oder Fabrikatwertsteuer ein Nagel zum Sarge der Tabakindustrie sein wurde. Sie ist vom sozialpolitischen Gesichtspunkte durchaus zu verwerfen, denn

- a) sie macht 50 000 Arbeiter brotlos,
- b) sie fuhrt die Kleinindustrie dem Ruin entgegen,
- c) sie fuhrt einen Rueckgang des Konsums herbei und stellt daher einen hoeheren Ertrag fur das Reich in Frage,
- d) sie belaestigt in unerhoerter Weise die Fabrikanten wie auch den Detail-Handler.

Deshalb richten wir die ergebene Bitte an den hohen Reichstag, die angefuhrten Bedenken ernsthaft erwagen und die Vorlage im Interesse des Vaterlandes ablehnen zu wollen.

Soffentlich versteht dieser Protest seine Wirkung nicht. Um ihm den noetigen Nachdruck zu verleihen, ersuchen wir alle Gewerkschaftsmitglieder und -Kolleginnen draussen im Lande, wo immer Versammlungen der Tabakarbeiter gegen die hoehere Besteuerung des Tabaks stattfinden, dieselben zu besuchen, um damit zu befeunden, das nicht allein die in der Tabakindustrie Beschaffigten, sondern die Arbeiter uberkaupt die Besteuerung des Tabaks als eine unsemr Volkswirtschaft schadigende Massnahme aufs scharfste verurteilen. Der alte Gewerksvereinspruch: Einer fur alle, alle fur einen, muess bei dieser Gelegenheit zur Geltung kommen.

Allgemeine Rundschau

Dienstag, den 24. November 1908.

Eine letzte Anweisung zur Gewerbegechtswahl in Berlin. Versaume niemand, sich in diesen letzten Tagen eine Wahlbescheinigung zu verschaffen! Arbeitgeber oder Polizeibehorde muessen auf Anfordern die Bescheinigung ausstellen.

Informiere sich jeder zeitig daruber, zu welchem Wahlbezirk er gehoert! Wir erteilen auf muendliche, schriftliche oder telephonische Anfrage gern Auskunft.

Die Wahlzeit ist am 29. November von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr. Wer um 3 Uhr nicht im Wahllokal ist, kann nicht wahlen.

Jeder unserer Wähler hat eine blaue, mit Namen versehene Kontrollkarte erhalten. Es ist dringend noetig, diese Kontrollkarte am Wahllokal unsemr Stimmzettelverteiler abzugeben.

Werbt unter Freunden und Bekannten, das sie unsere Liste N° wahlen!

Last Euch von den Gegnern nicht verlocken und einschuechtern! Seid stark und selbstbewusst! Tretet jedem Feind entgegen!

Der Verein der Bierbrauergesellen zu Dessau, der bisher nur unsemr dortigen Ortsverbande angeschlossen war, ist auf seinen Antrag nunmehr in den Verband der Deutschen Gewerkschaften aufgenommen worden. Wir begruenen die neuen Kollegen herzlich in unsemr Gemeinschaft und sprechen den Wunsch aus, das sie mit uns Schulten an Schulter fur die Verbreitung unsemrer Ideen kampfeln werden. Fur die Verbandskollegen im Reiche aber moege dieser Anschluss, an den Verband ein neuer Anknuepfungspunkt zu werden, das auch an anderen Orten die Brauergesellensvereine fur unsemre Organisation gewonnen werden.

Das Vereinsgesetz in der Praxis.

Der Landrat des Kreises Hildburghausen hatte eine Anzahl bereits bestehender politischer und gewerkschaftlicher Vereine aufgefodert, entgegen den klaren Vorschriften des Gelebes, die Mitgliederlisten einzureichen und die Vorstandsmitglieder namhaft zu machen. Fur den Fall der Nichtbefolgung hatte er mit Strafe gedroht. Es bedurfte erst einer Beschwerde bei dem Ministerium, das die landrathlichen Verfügungen fur unstatthaft erklart und deshalb zurueckgezogen wurden.

Wenn schon ein Landrat selbst die Bestimmungen des neuen Gelebes so wenig kennt, das er sich einen derartig groben Verstoess aufschulden kommen laest, braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn schliesslich auch die unteren Organe sich zu Schritten hinreissen lassen, die mit den Vorschriften des Gelebes nicht im Einklang stehen.

Recht kleinlich, um nicht einen noch scharferen Ausdruck zu gebrauchen, ist auch das Verhalten der Bosenener Polizei in folgendem Falle, den das „Bosener Tageblatt“ mitteilt. Der Miniewicz-Verein, der allerdings nur Polen zu Mitgliedern zaehlt, aber seitlich Unterstuetzungs- und Bildungszwecke verfolgt und seit einer Reihe von Jahren schon an den Sonntag-Nachmittagen waehrend des Winter Volksvortraege veranstaltet, hatte zur Eröffnung des diesjaehrigen Zyklus zwei Vortraege angekuendigt. Dr. Gantkowski sollte ueber die Verhuetung der Verbreitung von Epidemien sprechen und Dr. Jaworski ueber den Einfluss der deutschen Romantiker auf die polnische Poesie in der erst e Halfte des 19. Jahrhunderts. Es kam jedoch nicht dazu; denn vor Beginn erklarte der Vorsitzende, die Vortraege koennten nicht stattfinden, weil die Behorde auf Grund des § 12 des Vereinsgesetzes die deutsche Sprache als Verhandlungssprache fordere.

Das man die Bestimmungen dieses unfeligen Paragraphen auch auf rein wissenschaftliche Vortraege ausdehnen wurde, sollte man wirklich nicht fur moeglich halten. Derartige Schaetnen tragen doch nur dazu bei, das ohnehin nicht populare Gelebes noch unbeliebter zu machen. Im uebrigen kann die Wirkung einer solchen Massnahme natuerlich nur die sein, das die Abneigung des Volentums gegen das Deutschtum nur noch veraerklicht wird.

Zur Vinderung der Arbeitslosigkeit hat der badische Minister v. Marschall die Eisenbahnbauhoerden angewiesen, auf die in Betracht kommenden Unternehmer einzuwirken, das sie nach Moeglichkeit einheimische Arbeitskraefte vor den Auslaendern bevorzugen, die allerdings auch bisher schon in nur geringer Zahl beschaffigt wurden. Ferner werden zur Vermehrung der Bauauftraege fur die neuen Bahnhofsanlagen in Seidelberg, Offenburg und Mannheim in aller naechster Zeit vergeben. In Karlsruhe wird die Firma, der die Erdarbeiten fur den neuen Personenbahnhof ubertrogen worden sind, einzelne Bauwerke an ortsanfaessige Maurermeister mit der Bedingung vergeben, das nur einheimische Arbeiter verwendet werden duerfen. Im uebrigen wird anaehlich einer vom Ministerium des Innern angeregten Erwaegung von Massregeln gegen die Arbeitsnot waehrend des kommenden Winters darauf Bedacht genommen werden, noch weitere Arbeitsgelegenheit im Bereiche der Eisenbahnverwaltung zu schaffen.

Das sind vernuenftige Massnahmen, die hoffentlich auch in den uebrigen Bundesstaaten recht bald Nachahmung finden. Denn Eile tut dringend not.

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Rettenschmiede bei der Firma Boesner in Kengsdorf dauert noch immer an. Obgleich die Firma schon seit Jahren Lohnsuege zaehlt, die nach ihrem eigenen Gestandnis unguenlig sind, wollte sie jetzt weitere Abzuege um 17 1/2 pCt. machen. Das koennten sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, weshalb sie, da eine Einigung nicht zu erzielen war, in den Streik traten.

Alle mittlu...
Sattu...
Nag...
eigen...
die in...
station...
den...
einer...
druck...
rueh...
zur...
der...
weh...
sind...
entst...
der...
reult...
den...
die...
treten...
sich...
noch...
beran...
Senf...
Bier...
Meist...
los...
at...
Erz...
jahr...
erst...
mehr...
fuehr...
Ber...
in...
des...
Strel...
den...
ab...
der...
s...
sein...
In...
Boden...
Wipru...
zu...
eine...
tung...
in...
Antrag...
sicher...
den...
in...
der...
gegen...
prinzip...
Arbeit...
wuerde...
stellen...
trag...
zu...
Walt...
solchen...
bauern...
ders...
die...
Stell...
fur...
dun...
teilung...
Beschl...
eine...
soll...
nen...
Ist...
Gefuehl...
stumpft.

Gewerksvereiner in Berlin, werbt Stimmen für Liste III!

Alle auch von den Unbefähigten unternommenen Vermittlungsversuche scheiterten an der ablehnenden Haltung der Firma, die allgemein beklagt wird. Nächste ein Vierteljahr dauert der Kampf, der jetzt eigentlich um das Koalitionsrecht geführt wird, da die im Bezirk überaus rührige Gewerksvereinerorganisation verrichtet werden soll. Die Bevölkerung steht den Streitenden sympathisch gegenüber, was auch in einer großen Versammlung am 19. d. M. zum Ausdruck kam, in der die Ausführungen des Referenten rückhaltlos gebilligt und die zuständigen Behörden zur Einleitung von Einigungsverhandlungen zu Gunsten der Beteiligten ermahnt wurden. — In der Feuerwehrgerätefabrik von C. D. Magirus in Ulm sind wegen fortwährender Affordreditionen Differenzen entstanden. Die von den Organisationsleitern mit der Firma geführten Einigungsverhandlungen sind resultatlos verlaufen, worauf die Dreher, welche von den Abgüssen am meisten betroffen wurden, geschlossen die Kinnigung einzurufen, d. h. in den Streit zu treten, beschlossen. Die Löhne bei der Firma waren schon bisher so niedrig, daß weitere Abzüge kaum noch möglich waren. Auch die Affordüberschüsse sind verarmt, daß sie kaum in Betracht kommen. — In Senftenberg i. L. stehen seit länger als einem Vierteljahr die Kupferschmiede im Streit, die Meister lehnen alle Vermittlungsvorschläge rückhaltlos ab. — Der Kampf der Strumpfwirker im Erzgebirge, der eigentlich schon vor einem Vierteljahr beendet war, hat seinen endgültigen Abschluß erst jetzt gefunden, insofern als die Unternehmer nunmehr die geplanten 15 pSt. Lohnfürzung zur Durchführung gebracht haben. — Auf der der Saar-Weisel-Bermerlaggesellschaft gehörenden Grube Merlenbach in Voßbrunn sind wegen mangelhafter Sicherung des Grubenbetriebes die Bergarbeiter in den Streik getreten. Es war ein Brand auszubringen, den aber die Direktion für ungeschicklich erklärte und der bereits vollständig abgedämmt und erstickt sein soll.

In Norwegen befinden sich seit länger als drei Wochen die Hafnarbeiter im Ausstande, der seinen Ursprung in Tarifstreitigkeiten hat. Da der Streik zu einer Nachfrage geworden ist, ist an eine baldige Beilegung kaum zu denken.

Auch ein Standpunkt! Die Gemeindevertretung in Halle a. S. hatte sich kürzlich mit dem Antrage zu beschäftigen, daß bei Vergütung städtischer Arbeiten nur solche Firmen berücksichtigt werden sollten, die das Koalitionsrecht ihrer Angestellten nicht beschränken. Der Ausschuß kam aber zu der Ansicht, daß es gegen den bisherigen Gebrauch, wonach die Stadt prinzipiell nicht in das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingreife, verstoßen würde, wollte man einen solchen Grundsatz aufstellen. Es wurde daher beschlossen, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Wir sind der Meinung, daß eine Stadtverwaltung bei aller Unparteilichkeit sehr wohl einen solchen Antrag annehmen darf und muß, und bedauern deswegen den genannten Beschluß. Anders die „Arbeitgeber-Zeitung“. Sie hält die Stellungnahme der Gemeindevertretung in Halle für durchaus gerechtfertigt und bringt obige Mitteilung unter der Signatur „Ein vernünftiger Beschluß“. Mit dem Scharfmacherblatt sich über eine solche Frage auseinander zu setzen, hätte keinen Zweck. Man sieht aber daraus, wie der blinde Haß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter jedes Gefühl dafür, was Recht und Unrecht ist, abstumpft.

Unternehmersolidarität. Die deutschen, österreichischen, ungarischen und schweizerischen Arbeitgeberverbände des Schneidergewerbes haben einen Vertrag zwecks gegenseitiger Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen abgeschlossen.

Wann werden die Arbeiter aus diesem Verhalten der Unternehmer ihre Lehren ziehen? Gerade im Schneidergewerbe ist die Zahl der Unorganisierten noch ungeheuer groß, und diejenigen, die den Wert der Organisation erkannt haben, sie liegen dauernd in unfruchtbarer, ihre Kräfte zerschmetternden Kämpfen. Angesichts jener Organisationsbestrebungen der Unternehmer täte gerade den Arbeitnehmern im Schneidergewerbe Einigkeit bitter not.

Die Reichsschuld. Eine Denkschrift über die Ausfüllung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze, die bis Ende September 1907 reicht, ist dem Reichstag zugegangen. Danach betrug zu

der angegebenen Zeit die Summe der Anleihe-kredite rund 4182 Millionen Mark, wovon 4035 Millionen bis zum 1. Oktober 1908 realisiert waren, so daß noch verfügbar bleiben rund 147 Millionen. Das gesamte Schuldkapital betrug am 1. Oktober 1908 4 228 500 000 M., und zwar an 4 prozentigen Schuldverschreibungen 250 Millionen, an 3 1/2 prozentigen Schuldverschreibungen 1860 Millionen, an 3 prozentigen Schuldverschreibungen 1 783 500 000 M., an 3 1/2 prozentigen Schatzanweisungen 20 Millionen, an 4 prozentigen Schatzanweisungen 340 Millionen, an unverzinslichen Schatzanweisungen 75 Millionen. Der Zinsfuß, zu dem die Reichskasse den aufgenommenen Erlös zu verzinsen hat, belief sich für die 4 prozentige Reichsschuld auf 4,0667 Prozent, für die früher 4 prozentige, jetzt 3 1/2 prozentige auf 3,5337 Prozent, für die 3 1/2 prozentige Reichsschuld auf 3,4784 Prozent, für die 3 prozentige Reichsschuld auf 3,4083 Prozent. Die tatsächliche Verzinsung des gesamten bis zum 1. Oktober 1908 realisierten Anleihebetrages stellt sich im Durchschnitt auf 3,5415 Prozent.

Organisationsbeamte als Vertreter vor dem Gewerbegericht. Verschiedentlich schon hatten wir Gelegenheit, auf den Widerspruch hinzuweisen, daß an manchen Orten das Gewerbegericht Arbeitersekretäre und andere Beamte von Arbeiterorganisationen als Vertreter zuläßt, an anderen sie ablehnt unter Berufung auf den § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes, wonach Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen sind. Während wir vor kurzem erst mitteilen konnten, daß die Gewerbegerichte in Cassel und Gera Anträge auf Abweisung von Arbeiterbeamten abgelehnt haben, müssen wir heute über einen gegen-teiligen Fall berichten.

Ein Arbeitersekretär, der wiederholt schon als Parteirepäsentant vor dem Gewerbegericht in Mainz tätig gewesen war, wurde, als er im Mai d. J. wiederum auftreten wollte, nicht zugelassen, weil er das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreibt. Der betreffende Beamte bestritt dies bei dem Landgericht Mainz und führte aus, daß er als Arbeitersekretär die Pflicht habe, den Mitgliedern Rechtshilfe zu gewähren. Diese müßten dafür einen Ertragsbeitrag von monatlich 10 Pf. an die Sekretariatskasse zahlen. Eine besondere Vergütung für die Vertretung vor dem Gewerbegericht bekomme er nicht. Seine Tätigkeit könne daher auch nicht nach dem § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes beurteilt werden.

Die Beschwerde wurde vom Landgericht zurückgewiesen. Die Tätigkeit des Arbeitersekretärs sei als geschäftsmäßig zu betrachten, da er häufig andere vor dem Gewerbegericht vertritt. Daß die Vertretung unentgeltlich geschieht, ändere daran nichts. Denn Geschäftsmäßigkeit sei nicht gleichbedeutend mit Gewerbsmäßigkeit.

Die Widerinnigkeit des bestehenden Zustandes tritt in diesem Falle ganz besonders deutlich hervor. Der betreffende Beamte ist schon verschiedentlich als Parteirepäsentant vor dem Gewerbegericht tätig gewesen, ohne daß man etwas dabei gefunden hätte, und plötzlich wird seine Zulassung abgelehnt. Das weist doch mit aller Deutlichkeit darauf hin, wie notwendig es ist, endlich eine Änderung des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes in dem Sinne vorzunehmen, daß Arbeiterorganisations-Beamten die Vertretung von Mitgliedern vor dem Gewerbegericht unbedingt gestattet sein muß.

Ueber den Wert der Volkshaus-Einrichtungen finden wir in der „Kön. Volks-Zig.“ einige durchaus zutreffende Bemerkungen. Es wird da ausgeführt, daß nicht immer der Wunsch, Gutes zu tun, ausschlaggebend ist für die Gründung solcher Einrichtungen. oft will man dadurch nur nach außen den Schein erwecken, daß in dem betreffenden Betriebe ein reger sozialer Geist herrsche. In manchen Großbetrieben müsse man noch auf andere Gedanken kommen.

Was soll man dazu sagen, wenn aus irgend einer Veranlassung dem Unterstützungsfonds für bedürftige Angestellte und Arbeiter ein beträchtlicher Betrag überwiesen wird, gleichzeitig aber mit Rücksicht auf den schlechten Geschäftsgang bei Beginn des Winters eine große Anzahl Arbeiter entlassen und so der Not preisgegeben werden? Ist es ein Beweis sozialer Gesinnung, wenn auf der einen Seite große Summen in dem Unterstützungsfonds angesammelt werden,

auf der anderen Seite Arbeitern und Angestellten, die bereits 10, 15 und mehr Jahre treu und gewissenhaft in Diensten solcher Firmen tätig gewesen sind und nun infolge Krankheit oder Alters befristet lassen, daß sie vielleicht heute oder morgen arbeitsunfähig werden, einfach gekündigt wird? Es wäre wohl richtiger, wenn der bei manchen Firmen sehr erheblich angewachsene Unterstützungsfonds in Zeiten wirtschaftlicher Niedergänge dazu benutzt würde, um die im Dienste der betreffenden Firmen alt gewordenen Arbeiter auch für diese Zeit zu unterstützen. Die Arbeiter würden es sicher mit Freuden begrüßen, wenn ihre Firma statt der Arbeiterweisung einer Summe an den Unterstützungsfonds, von dem sie doch nur in den aller-fürtesten Fällen etwas zu erhoffen haben, bei Veranlassung des Winters sich dazu entschließen wollte, keine Entlassungen vorzunehmen, und ihnen somit Gelegenheit böte, sich auch weiterhin ihren Unterhalt zu verdienen.

Diese Ausführungen sind so zutreffend, daß wir uns eines weiteren Zusatzes enthalten dürfen.

Die 375. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 29. November, abends 7 Uhr, im Konzerthaus der Königl. Hochschule für Musik, Charlottenburg (Gardenbergstraße) statt. Es werden mitwirken: Frau Martha Rahmer-Rotmann (Rezitation), Frau Dr. Solo Rosentod-Barnay (Gesang), Herr Dovernjänger Otto Tauber (Gesang), Fräulein Ella Jonas (Klavier).

Gewerksvereins-Teil

§ Dortmund. Der hiesige Ortsverband veranstaltet am 29. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Bürgerhause, 1. Kampstraße 67, ein Fest zur Feier des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerksvereine. Angesichts der schlechten wirtschaftlichen Lage haben die Besucher freien Zutritt. Das Fest soll lebhaft eine Demonstration sein, unsere Freunde zum Schutz, unsere Feinde zum Tutz. Laßt uns einmal den schweren Kampf ums Dasein an diesem Tage vergessen und denen, die uns rufen, folgen. Besonders ist erwünscht, die Frauen mitzubringen, damit auch sie etwas von unseren Bestrebungen erfahren. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Die Festrede wird vom Bezirksleiter, Kollegen Ziegler-Siegen, gehalten. Auch Fernstehende, die Interesse für unsere Organisation haben, sind willkommen. C. W.

§ Königsberg i. Pr. Am 13. November sprach hier in einer vom Ortsverein der Maschinenbauer einberufenen öffentlichen Gewerksvereinsversammlung der stellvertretende Generalsekretär, Kollege Dornblüth, Berlin, über: „Die Forderungen der Deutschen Gewerksvereine“. Der Redner wies eingangs seines Vortrages auf die Notwendigkeit der Organisation hin, die ihren besten Ausdruck in den Deutschen Gewerksvereinen gefunden habe, da sie wegen ihrer partei- und kirchenpolitischen Neutralität allein imstande seien, alle Arbeiter zu umfassen. Trotzdem werden sie auf das heftigste bekämpft von den anderen Organisationsrichtungen, die noch allerlei Nebenabsichten verfolgen. Wenn die Gewerksvereiner einen Blick nach außen richten, befinden sie sich in einer eigentümlichen Lage. Während auf der einen Seite die neben ihnen marschierenden Organisationen ihnen stets den Vorwurf machen, man sei nicht stark genug, wird auf der anderen Seite von den Arbeitgebern behauptet, daß die Forderungen viel zu stark seien. Aber die Gewerksvereine haben, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, bisher den richtigen Weg eingeschlagen und werden es auch später tun. Je höher die Kultur eines Volkes auf dem Gebiete der Technik dassteht, umso mehr sei es berechtigt, seine Sitten und Gebräuche sein eigen zu nennen. Jeder muß auf ein Zusammenarbeiten angewiesen sein. Der Arbeitgeber mit seinem Kapital und seiner Intelligenz und der Arbeiter mit seiner produktiven Tätigkeit und seinem Verständnis haben die gleiche Erziehungsberechtigung. In eingehender Weise legte Redner dann dar, was die Gewerksvereine geleistet haben und besprach deren einzelne Forderungen, im besonderen die Arbeitszeitverkürzung und die Frauarbeit. Die Frau gewinne auch in der Industrie immer mehr an Boden. Und wenn sie tagaus tagin in derselben beschäftigt ist, müsse sie auch am Sonnabend nachmittags frei haben, um namentlich dem Manne die Wohnung zu einem angenehmen Heim zu gestalten. Des weiteren beleuchtete der Referent den Arbeiterkampf und Ausdehnung des Arbeiterkulturs, ebenso die Gewerbeinspektoren und Aufsichtsberechtigten, die sozialpolitische Gesetzgebung, die Eingangsämter und die Schiedsgerichte. Streikfälle, die den Arbeitgebern und Arbeitnehmern große Summen gekostet haben, lassen sich auch auf gutlichem Wege regeln, und an Stelle dessen könnte auf dem Wege des Unterstützungswesens Großes geleistet werden. Sobald sich irgendwo in der Industrie ein Streikfall herausstellt, greift die ausländische Industrie mit vollen Händen zu und entzieht dem Lande das Geld. Bisheriger Beifall folgte den Ausführungen des Redners. In der Diskussion traten auch einige Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften auf und machten den Versuch, die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Der Referent jedoch konnte in seinem Schlußwort den Nachweis führen, daß ihre Behauptungen nicht stichhaltig seien. Er wies vielmehr nach, daß gerade in den „freien“ Gewerkschaften Theorie und Praxis oft in schroffem Widerspruch mit einander stehen und daß es mit

